## Antrag 31/I/2022 KDV Spandau Der Landesparteitag möge beschließen:

## Empfehlung der Antragskommission Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

## Beschleunigtes Fachkräfteverfahren in Berlin effizienter gestalten

- 1 Die Abgeordnetenhausfraktion der SPD mögen sich da-
- 2 für einsetzen, dass der Berliner Senat gemeinsam mit
- 3 dem Business Immigration Service (BIS) des Landesamts
- 4 für Einwanderung (LEA), das beschleunigte Fachkräftever-
- 5 fahren nach §81a AufenthG effizienter und schneller ge-
- 6 staltet. Die maximale Dauer der Bearbeitungsschritte, die
- 7 durch das LEA Berlin durchzuführen sind, soll auf 2 Wo-
- 8 chen begrenzt werden.

9

12

13

14 15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 25

26

27

28

29

30

31

32

33

34 35 36

37

10 Konkret werden folgende Verfahrensverbesserungen vor-11 geschlagen:

- Ermöglichung der Registrierung des Arbeitgebers oder der von diesem zur Durchführung des Verfahrens beauftragten Dienstleister (Personalberatungen, Relocation-Agenturen) beim BIS über eine Online-Plattform
- Erleichterung des Abschlusses der Vereinbarung nach §81a Abs. 2 AufenthG durch Zurverfügungstellung einer Vorlage über das Internet
- Zurverfügungstellung der notwendigen Vollmachten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aller sonstigen notwendigen Formulare über das Internet
- Antragstellung und Verfahrensverfolgung über eine zentrale Online-Plattform analog der Lösung für NRW (s. https://antragzfe.nrw.de/lip/authenticate.do¹)
- Aufstockung des Mitarbeiterzahl des BIS
- Sicherstellung das alle Mitarbeiter in Bezug auf die Durchführung des Verfahrens und der anzufordernden Unterlagen auf demselben Wissenstand sind und widersprüchliche / von Verfahren zu Verfahren unterschiedliche Unterlagenanforderungen unterbleiben

Begründung

Durch das Beschleunigte Fachkräfteverfahren nach §81a 38 AufenthG soll es Arbeitgebern ermöglicht werden rela-39 tiv schnell Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland zu holen und bei sich zu beschäftigen. Damit soll dem 41 42 Fachkräftemangel in Deutschland entgegengewirkt werden. Mit der Durchführung des Verfahrens ist für jeden Ar-43 beitgeber je nach Dienstsitz eine Stelle beauftragt, die mit 44 dem Arbeitnehmer eine Vereinbarung abschließt und als 45 46 koordinierende Stelle zwischen Arbeitgeber und im Verfahren zu beteiligenden Stellen auftritt. In Berlin ist die 47 zuständige Stelle der Business Immigration Service (BIS)

Die Abgeordnetenhausfraktion der SPD mögen sich dafür einsetzen, dass der Berliner Senat gemeinsam mit dem Business Immigration Service (BIS) des Landesamts für Einwanderung (LEA), das beschleunigte Fachkräfteverfahren nach §81a AufenthG effizienter und schneller gestaltet. Die maximale Dauer der Bearbeitungsschritte, die durch das LEA Berlin durchzuführen sind, soll möglichst auf 2 Wochen begrenzt werden.

Konkret werden folgende Verfahrensverbesserungen vorgeschlagen:

- Ermöglichung der Registrierung des Arbeitgebers oder der von diesem zur Durchführung des Verfahrens beauftragten Dienstleister (Personalberatungen, Relocation-Agenturen) beim BIS über eine Online-Plattform
- Erleichterung des Abschlusses der Vereinbarung nach §81a Abs. 2 AufenthG durch Zurverfügungstellung einer Vorlage über das Internet
- Zurverfügungstellung der notwendigen Vollmachten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aller sonstigen notwendigen Formulare über das Internet
- Antragstellung und Verfahrensverfolgung über eine zentrale Online-Plattform analog der Lösung für NRW (s. https://antragzfe.nrw.de/lip/authenticate.do²)
- Aufstockung des Mitarbeiterzahl des BIS
- Sicherstellung das alle Mitarbeiter in Bezug auf die Durchführung des Verfahrens und der anzufordernden Unterlagen auf demselben Wissenstand sind und widersprüchliche / von Verfahren zu Verfahren unterschiedliche Unterlagenanforderungen unterbleiben

- 49 des Landesamts für Einwanderung (LEA).
- 50 Leider ist die Umsetzungspraxis des BIS im Vergleich zu
- 51 anderen Bundesländern und Städten sehr ineffizient und
- 52 damit unnötig langsam. Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- 53 müssen unnötige Verzögerungen bei der Durchführung
- 54 des Verfahrens hinnehmen. Ein Verfahren in Berlin dauert
- 55 z.B. im Vergleich zu NRW bis zu 2 Monate länger, was eine
- 56 unnötige Verzögerung und damit auch eine Einstellungs-
- 57 hemmnis für Berliner Arbeitgeber darstellt.

<sup>1</sup>https://antrag-zfe.nrw.de/lip/authenticate.do

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>https://antrag-zfe.nrw.de/lip/authenticate.do